



DIE GELDGEILEN

Die Politik hat Eurozeichen in den Augen und sieht die Steuerzahler nicht mehr

Das Dagobert-Duck-Syndrom lähmt den Blick auf diejenigen, die das Geld verdienen

Einer schreit lauter als der andere „Wir brauchen mehr Geld für (Bildung, Straßenbau und Infrastruktur, Familien, Kinder, Bundeswehr, Digitalisierung, usw.). Hier wird ein entscheidender Fehler der großen Koalition sichtbar. Durch Verzicht auf ein Gesetz zur jährlichen Schuldenrückführung oder eine Steuersenkung beflügelt der jährliche Haushaltsüberschuss wie eine Droge die Phantasien der Politik zum Geldausgeben. Optimierung des Budgets, Rückführung von Kosten und das Abschneiden alter Zöpfe.



Foto: ©123 RF

Beispiel Familienpolitik

Die Familienministerin Manuela Schwesig hat ein Budget von 75 Milliarden in ihrem Ministerium, das seit 2015 um knapp 20% gestiegen ist. Mit Steuervergünstigungen und Leistungen der Länder werden etwa 200 Milliarden Euro für die 160 kinder- und



Foto: ©www.bier.de

familienpolitischen Leistungen pro Jahr ausgegeben. Ergebnis: Die Kinderarmut stieg weiter an. Nach der Statistik leiden 20% aller Kinder unter Kinderarmut. Nichts zeigt politisches Versagen mehr als diese Zahl. Budgeterhöhungen bringen also gar nichts, wenn es keine Fokussierung auf Schwerpunktziele gibt. Die Ministerin schreit nach immer mehr Geld, ist aber unfähig, sich auf bedeutende Ziele zu konzentrieren. Die Gießkanne ist der Feind des Steuerzahlers!

Beispiel Bildung

Kanzlerkandidat Martin Schulz (ja, es gibt ihn noch) meint, dass 10 bis 12 Milliarden Euro, später 30 Milliarden mehr in Bildung investiert werden müsste. Bildung ist durch unsere Verfassung Ländersache. Fast alle 16 Bundesländer sind SPD regiert oder mitregiert. Wo waren die in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten? Wer hat die Schulen herunterkommen lassen und dafür tolle Lurchteiche, Kulturtempel und Transgendermaßnahmen bezahlt? Es wäre doch auch mal an der Zeit, die Zuständigkeit der Länder für die Bildungspolitik zu korrigieren. Wer braucht 16 Bildungssysteme in den deutschen Provinzen, 16 Bildungsfürsten, 16 Schulbuchvarianten usw.? Mehr Geld wollen sie, Reformen keine. Beendet doch die lähmende Kleinstaaterei, dann ist genug Geld da!

Liebe Gierige und Geldgeile: Bevor ihr uns weiter so in unsere Taschen greift, denkt doch mal darüber nach.

Wirtschaftskompetenz

Zum Start in den Wahlkampf besetzen die Parteien mit ihren wirtschaftspolitischen Aussagen Themenfelder. Vermögenssteuer, ja oder nein? Höhere Erbschaftssteuer, ja oder nein? Mehr Eingriffe in die Wirtschaft? Die linken Parteien machen schon kräftig Propaganda und versuchen Pflöcke einzuschlagen.

Die Union hat sich da in den letzten Koalitionsverhandlungen immer schwer getan, um die mit Grundsatzbeschlüssen besetzten Themen der anderen wieder abzuräumen. Deshalb hat auf seiner Jahrestagung der Wirtschaftsverband DIE FAMILIENUNTERNEHMER der Union den Rat gegeben, einen Schatten-Wirtschaftsminister zu benennen, der für CDU und CSU Themen wirkungsvoll und kompetent besetzen soll. Eine gute Idee!

Günter Morsbach



DIE GUTE NACHRICHT

Weniger Bier – mehr Brauereien

Klingt kurios, ist aber so. Der Bierkonsum geht in Deutschland seit Jahren zurück. Das spüren hauptsächlich die Großbrauereien. Aber es gibt in Deutschland 1.400 Brauereien, mit steigender Tendenz. Das ist dem Trend zu Craftbier, dem handwerklich hergestellten Bier zu verdanken.



Tipp für die SPD:
Das Wahlprogramm erst nach der Wahl präsentieren!



Alle Ausgaben als PDF
in unserem Archiv:
Hier klicken